

Adresse dieses Artikels:

http://www.waz.de/staedte/gladbeck/die-linke-setzt-auf-das-reizthema-grundsteuer-b-id208936891.html

POLITISCHE DEBATTE

Die Linke setzt auf das Reizthema Grundsteuer B

Maria Lüning 09.12.2016 - 18:49 Uhr



Das Baugerüst am Rathaus in Gladbeck wächst weoter, hier am Mittwoch, 01.06.2016. Hier soll der Turm saniert werden. Foto: Oliver Mengedoht / FUNKE Foto Services Foto: Oliver Mengedoht

GLADBECK Der Antrag zur Einführung einer Obergrenze scheiterte im Rat. Gladbeck hat im Kreis mit 690 Punkten den zweitniedrigsten Hebesatz

. Die Grundsteuer B ist, immer wieder, ein Reizthema. Das war schon 2012 bei der letzten Erhöhung auf 690 Punkte so. Drei Bürger klagten, allerdings erfolglos, dagegen. Jetzt hat die Linke das Thema für sich entdeckt und eine Debatte im Rat losgetreten mit der Forderung, eine Obergrenze für die Grundsteuer B zu beschließen. Konkret: Der Hebesatz für diese Steuer soll nicht über 750 Punkte steigen.

Denn bereits jetzt sei mit 690 Punkten "die Grenze des Zumutbaren für die Bürger erreicht" argumentiert Olaf Jung im Antrag. Die Grundsteuer zahlen nicht nur Grundstücks- und Gebäudeeigentümer, sie wird auch in die Miete eingerechnet. "Um eine weitere explosionsartige Erhöhung zu vermeiden", will die Link e die Obergrenze.

Erhöhung auf 750 Punkte für 2021 vorgesehen

Was dabei verwundert: Ein Hebesatz von 750 Punkten ist als nächste Erhöhung im Haushaltssanierungsplan vorgesehen, allerdings erst 2021. Offenbar fürchtet die Linke, dass es im knapp gerechneten Haushalt vorher zu Erhöhungen der Grundsteuer, eine der verlässlichen Einnahmen für die Stadt, kommen könnte. Fraktionssprecher Olaf Jung: "Die Haushaltssanierung darf nicht auf Kosten der Menschen gehen, die hier wohnen."

Im Vergleich zeigt sich allerdings: Gladbeck kommt noch ganz gut weg, in den meisten Kreisstädten liegt der Hebesatz jetzt schon höher, mehrfach bei 825 Puntken. "Der Gladbecker ist der zweitniedrigste im Kreis", stieg Bürgermeister Ulrich Roland in die Debatte ein. Nur noch in Recklinghausen ist der Hebesatz niedriger, bei 650 Punkten. Davon abgesehen sei es "unseriös, den Satz für künftige Räte festzuschreiben", lehnt Roland das Ansinnen der Link en ab.

SPD warnt, diese Einnahmemöglichkeit aufzugeben

Die wollte das zumindest als ein "Zeichen an die Bürger verstanden wissen, dass, wenn beim Haushalt nachgesteuert werden muss, dies nicht bei der Grundsteuer sein wird", erklärte Franz Kruse (Die Linke) daraufhin, ern tete dafür jedoch den Zuruf "Symbolpolitik" von Jörg Baumeister (SPD). Sachlicher begründete Wolfgang Wedekind (SPD) seine Ablehnung: "Es gehört zur Konsolidierungspolitik, die Einnahmeseite in den Blick zu nehmen. Wir haben nicht viele Stellschrauben. Wir wissen nicht, wie die Gewerbesteuer sich entwickelt. Für uns als Kommune wäre es lebensgefährlich, sollten wir uns den Sparkommissar einhandeln."

Finanzminister wollen Grundsteuer neu berechnen

Die Idee, mit dem Reizthema Grundsteuer einige Monate vor der Landtags- und Bundestagswahl ein Zeichen zu setzen, gefiel aber wohl der CDU. "Darüber könnten wir nachdenken, den Beschluss können wir ja jederzeit wieder umschmeißen", meldete sich Reinhold Fischbach (CDU) zu Wort, und seine Fraktion bat vor der Abstimmung um Bedenkzeit. Die Mitglieder folgten dann aber mehrheitlich doch wohl Sachargumenten, die auch Michael Tack (FDP) äußerte: "Die Obergrenze ist jederzeit änderbar, außerdem streben die Finanzminister an, die Grundsteuer neu zu berechnen. Die Entscheidung sollten wir abwarten."

Also keine Zustimmung zur Obergrenze im Rat. Doch wie man sieht, werfen die Wahlen ihre Schatten voraus.

LESERKOMMENTARE (0)	
VOMMENTAD CCUDEIDEN	
KOMMENTAR SCHREIBEN >	